

## Ein hilfloser Papandreou

In Griechenland wächst die Unzufriedenheit über eine offensichtlich unfähige Regierung / Von Anke Weig

ATHEN, im Dezember

Konkrete, einsehbare Politik findet in Griechenland nicht mehr statt; Konturen und Inhalte fehlen. Zwar verabschiedet das Parlament mit der Mehrheit der Regierungspartei Papandreou, der „Panhellenistischen sozialistischen Bewegung“ (Pasok), ständig neue Gesetze; diese verschwinden jedoch – sobald sich massive Proteste häufen – oft im Schreibtisch des zuständigen Ministers. Man werde mit den Betroffenen sprechen, heißt es dann. In der Regel aber erfährt die Öffentlichkeit wenig über die ausgehandelten Kompromisse, die mit den bereits verabschiedeten Gesetzen kaum mehr etwas zu tun haben. Wie ein Damoklesschwert aber schweben diese juristisch verbindlichen Vorschriften über den Betroffenen, jederzeit wieder anwendbar, ein beklemmendes Gefühl von Rechtsunsicherheit verbreitend.

Für diese Praxis läßt sich manches Beispiel finden: die Streitigkeiten zwischen Staat und orthodoxem Klerus über den Besitzstand der Kirche etwa oder das überstürzt erlassene Gesetz, ein ausländisches Ölkonsortium zu verstaatlichen – ein Vorgang, der nach Meinung kritischer Beobachter im Frühjahr 1987 die griechisch-türkischen Auseinandersetzungen in eine ernsthafte Krise trieb. Papandreou und seine Minister beschränken sich häufig auf wohlklingende, phantastische Ankündigungen, deren Vollzug jedoch im dunkeln bleibt und von niemandem überprüft wird.

Auf die fortgesetzten Massenkundgebungen, Streiks und Demonstrationen reagiert die Regierung hilflos, mit wohlfeilen Worten und neuen Versprechungen. Der Erziehungsminister bezeichnete die nicht enden wollenden Studentenunruhen als „unbe-gründete“ und „folkloristische“ Protestmärsche und beschwört die Bürger, die Pasok mache doch schließlich eine „Revolution“ im Bildungswesen. Ministerpräsident Papandreou dagegen scheint sich in

dem Glauben zu wiegen, er könne die Studenten endlich wieder in die Universitäten zurückbringen, indem er ihnen versichert, würde er heute studieren, so ginge er ebenfalls auf die Straße.

Die Wirtschaft des Landes liegt danieder; seit 1980 verringert sich das Bruttoinlandsprodukt Griechenlands. Auch 1987 war die Industrieproduktion rückläufig. Nach ersten Erfolgen 1986 konnte die Inflationsrate 1987 nicht deutlich unter die des Vorjahres gedrückt werden – trotz Preisstopps Anfang des Jahres und mehrmals verlängerten Schlußverkaufszeiten. Obwohl die Regierung nach den zweijährigen Sparmaßnahmen, die die Zahlungsbilanz erheblich verbesserten, versicherte, sie wolle auch im kommenden Jahr durch entwicklungs-fördernde und stabilisierende Politik positiv auf die marode Wirtschaft einwirken, werden die Ausgaben des Staatshaushaltes 1988 wohl um knapp ein Viertel höher liegen als 1987, werden die öffentlichen Schulden nach offiziellen Angaben 63 Prozent des Bruttoinlandsproduktes ausmachen. Der neue Haushaltsplan heize die Inflation an und hemme dringend notwendige Investitionen, mahnen Wirtschaftsexperten.

Um auf Drängen des linken Flügels der Pasok in der Lage zu sein, eine großzügigere Einkommenspolitik zu betreiben, nahm Papandreou sogar den Rücktritt seines Wirtschaftsministers Simitis in Kauf. Simitis, verantwortlich für das Austeritätsprogramm der letzten beiden Jahre, zeigte sich enttäuscht, daß eine im vollen Einvernehmen mit dem Regierungschef beschlossene Lohnpolitik von einem Tag auf den anderen durch Papandreou in einem wesentlichen Teil rückgängig gemacht wurde. Das Umschwenken des Ministerpräsidenten gefährde die Bemühungen von zwei Jahren, so Simitis, der sich nachträglich für die drastische Maßnahme des Lohnstopps geradezu entschuldigte: Er habe keine

andere Möglichkeit zur Stabilisierung der Wirtschaft gesehen als eine restriktive Lohnpolitik, da die Regierung nicht bereit gewesen sei, die Ausgaben der öffentlichen Hand spürbar einzuschränken, erklärte Simitis anlässlich seines Rücktritts. Papandreou verzichtete auf einen Wirtschaftsfachmann, der den europäischen Partnern als Gewähr für solides Handeln galt. Der Vertrauensschwund in der Europäischen Gemeinschaft, die auf das Sparprogramm gedrungen hatte und die Griechenland 1987 52 Prozent mehr Gelder aus EG-Kassen zukommen ließ als im Vorjahr, ist nicht zu leugnen.

In Anbetracht der Widersprüche zwischen Proklamation und Realität haben es die Griechen inzwischen aufgegeben, über politische Inhalte zu debattieren. Ihr neuer „Nationalsport“ im Kafenie und auf dem Marktplatz heißt Spekulieren. Da mag Papandreou bei jeder Gelegenheit wiederholen, die Wahlen fänden am Ende der Legislaturperiode, im Frühjahr 1989, statt; die meisten Griechen glauben ihm nicht. Bürger und Zeitungen entwerfen ständig neue Szenarien, aus welchem Anlaß und zu welcher Zeit der Ministerpräsident vorzeitige Wahlen ausrufen könnte.

Vielleicht könnte er durch geschickte Wahlrechtsänderungen trotz erheblicher Stimmenverluste an der Macht bleiben? Ein solches Wahlrecht aber, das den Machterhalt unter allen Umständen garantiert, gibt es nicht. Oder sollte Papandreou auf das bewährte Mittel zurückgreifen, ein außenpolitisches Thema – etwa die Türkei – hochspielen? Niemand weiß jedoch zu sagen, ob der häufig strapazierte Begriff des „nationalen Interesses“ geeignet wäre, den Bürger ein weiteres Mal von der Notwendigkeit zu überzeugen, Pasok zu wählen. Vielleicht könnte der Ministerpräsident statt des versprochenen Volksentscheids über den Verbleib der amerikanischen Basen Neuwahlen veranstalten.

Auch dieses Thema scheint kaum tauglich, die Massen hinlänglich zu begeistern. Die meisten Griechen haben sich sowieso schon damit abgefunden, daß die Stützpunkte im Lande bleiben. Könnte eventuell die turnusmäßige Übernahme der EG-Präsidentschaft durch Griechenland den Stolz der Hellenen und zugleich ihre Begeisterung für Papandreou wecken? Genügt die Darstellung eines „Wir sind wieder wer“, um Wahlen zu gewinnen? Wird der Wähler nicht vielleicht doch erst 1989 zu den Urnen gerufen, obwohl Korruptionsaffären und Skandale sich häufen, ohne daß sie je redlich untersucht und aufgeklärt würden, obwohl Verwaltung wie Regierung handlungsunfähig zu sein scheinen?

Ein Ausweg aus dem Dilemma ist nicht in Sicht, zumal da auch die Opposition letztlich keinen Ausweg zu bieten scheint. Der Vorsitzende der konservativen Partei „Neue Demokratie“ (ND), Mitsotakis, wird zwar nicht müde, ständig Neuwahlen zu fordern, aber er unterliegt oft genug der Versuchung, sich in Allgemeinplätzen zu ergehen. Zudem mißtrauen ihm viele Griechen. Zu tief hat Papandreou ihnen in ihre unter Verfolgungs- und Fremdbestimmungsängsten leidenden Seelen eingegraben, Mitsotakis sei ein „Verräter“, der nur einen „Ausverkauf“ Griechenlands vorantreiben würde. Auch Mitsotakis kann nicht mit einem überwältigenden Wahlsieg rechnen. Seine Unsicherheit wird deutlich, wenn er gesteht, er wolle die Möglichkeit einer „Rückkehr“ des ehemaligen Regierungschefs und Staatspräsidenten, des 80 Jahre alten Karamanlis, nicht ausschließen. In Zweifelsfällen mag sich Mitsotakis offensichtlich lieber auf die Fähigkeiten seiner Vorgänger in der Partei verlassen als auf seine eigenen. Mutlosigkeit und Unzufriedenheit herrschen bei den Griechen vor; in Hellas brodeln es, aber es kocht noch nicht über.